

Gerät der Infrastrukturausbau ins Stocken?

BAUINDUSTRIE - UMFRAGE deutet auf Ausschreibungsengpass im Straßenbau hin

Nach rund zehn Jahren des Bauaufschwungs, in denen die Bauindustrieunternehmen ihre Kapazitäten in erheblichem Maße – um über 150.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ausgeweitet und auf die steigende Nachfrage an Bauleistungen reagiert haben, trübt sich die Stimmung am Markt ein.¹

- Die saisonübliche Einschätzung der aktuellen Geschäftslage in der Bauwirtschaft ist im Herbst 2019 negativ ausgefallen. Die Bauunternehmen schätzen ihre Geschäftslage sogar etwas schlechter ein als im Herbst 2018.
- Die Erwartungen haben sich nicht nur saisonbedingt eingetrübt, die Befragten sehen auch nicht mehr so optimistisch in die Zukunft wie vor einem Jahr.
- Die Steigerungsraten der Auftragsgänge haben sich nicht nur verlangsamt, auch die Meldungen von Auftragsstornierungen bzw. Aufhebungen von Ausschreibungen nehmen zu.

Besonders bemerkbar macht sich diese Lage im Bereich der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Im Herbst 2019 liegen die Geschäftserwartungen im Tiefbau erstmalig seit 2015 per Saldo im negativen Bereich. Grund hierfür ist ein zunehmender Rückgang bei öffentlichen Ausschreibungen.

Statistische Indikatoren deuten auf ein verlangsamtes Wachstum hin

Der preisbereinigte Auftragseingang im Straßenbau ist in den ersten neun Monaten 2019 im Vergleich zum Vorjahrszeitraum um 2,9 % zurückgegangen. Im September lag der Rückgang bei real 5,6 %, ein Monat zuvor sogar bei 18,8 %. Gleichzeitig hat sich der Anteil der Firmen, die Auftragsstornierungen melden, von 3,7 % im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 2018 auf 7,3 % im Durchschnitt der ersten 10 Monate 2019 verdoppelt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass 13 % der im Rahmen des ifo-Konjunkturtests befragten Straßenbauunternehmen eine Behinderung ihrer Bau-tätigkeit aufgrund von Auftragsmangel sehen – im Oktober des Vorjahres gaben dies lediglich 7 % an.

¹ Eine ausführliche Analyse möglicher Frühindikatoren, ob der Zenit am Bau erreicht wurde, hat die BAUINDUSTRIE mit ihrer aktuellen Ausgabe „Auf den Punkt gebracht“ vom 07.11.2019 aufbereitet. Link: <https://www.bauindustrie.de/themen/auf-den-punkt-gebracht/baukonjunktur-zenit-erreicht/>

Aufgrund dieser Frühindikatoren, die dafürsprechen, dass eine Kehrtwende im Bereich des Verkehrswegebbaus bevorstehen könnte, hat die BAUINDUSTRIE eine **bundesweite Umfrage** unter führenden Straßenbauunternehmen in Deutschland durchgeführt. An der Umfrage haben insgesamt 45 Unternehmen teilgenommen, wobei nicht immer alle Fragen der Umfrage beantwortet wurden. Unter den Teilnehmern befinden sich sowohl regional und überregional tätige, mittelständische Unternehmen als auch Großunternehmen. Somit kann ein Stimmungsbild für das gesamte Bundesgebiet wiedergegeben werden, dass die statistischen Frühindikatoren ergänzt.

Auswertung der Befragung

Das Ergebnis zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Unternehmen einen Rückgang der Ausschreibungen im Bereich des öffentlichen Straßenbaus bestätigt.

Über 90 % der antwortenden Unternehmen haben bestätigt, dass ein Rückgang von Ausschreibungen für Straßenbauprojekte am Markt zu verzeichnen sei. Davon bestätigten wiederum knapp 65 %, dass die Tendenz, ursprünglich geplante Ausschreibungen für Straßenbauprojekte nicht an den Markt zu bringen, zunehme. Nur etwa 35 % antworteten, dass dies vereinzelt vorkomme.

Ferner gaben erneut knapp 60 % der antwortenden Unternehmen an, dass sie bereits seit drei Monaten ein entsprechendes Verhalten der Auftraggeberseite wahrnehmen würden. Rund 32 % gaben sogar an, dass diese Situation bereits mehr als drei Monate anhalte. Lediglich 8 % waren der Meinung, dass ein Ausschreibungsrückgang erst seit Kurzem zu erkennen sei.

Auf die Frage, in welchen Bereichen des Straßenbaus ein entsprechender Ausschreibungsrückgang zu erkennen sei, gaben über 70 % der Unternehmen an, dass besonders Maßnahmen im Oberbau betroffen seien. Etwa 30 % sahen zudem den Ingenieurbau und 50 % kombinierte Maßnahmen betroffen, wobei Mehrfachnennungen möglich waren. Ein Grund für die starken Auswirkungen auf den Oberbau könnte sein, dass einige Länder in den kommenden Monaten Investitionsmittel vorrangig für große Brückenbaumaßnahmen einsetzen und deshalb weniger Maßnahmen im Oberbau ausgeschrieben werden. Dies wurde von einigen Auftragsverwaltungen der Länder gegenüber der BAUINDUSTRIE bestätigt.

Zudem bestätigte die Mehrheit der Unternehmen, dass insbesondere der Bereich der Bundesfernstraßen von einem Ausschreibungsrückgang betroffen sei (Bundesautobahnen 68 % und Bundesstraßen 66 % Antworten). 58 % der Unternehmen sehen ähnliche Tendenzen auch im Bereich der Landesstraßen. Etwa 50 % auch im kommunalen Bereich.

Mit Blick auf den Übergang von der Auftragsverwaltung der Länder auf die Autobahn GmbH des Bundes wurden die Unternehmen befragt, ob sich mögliche Ausschreibungsprobleme im Bereich der Bundesfernstraßen auch auf diesen Umstellungsprozess zurückführen lassen. Dies beantwortete eine Mehrheit von 64 % mit „Ja“.

Gründe des Ausschreibungsrückganges

Mangelnde Planungskapazitäten

Als Gründe nannten die Bauunternehmen, dass insbesondere mangelnde Personalkapazitäten sowohl in den Planungs- und Genehmigungsbehörden (83 %) als auch in den Vergabestellen (50 %) zu dieser Situation führen würden.

Nicht ausreichend gesicherte Finanzierung lähmt Projekt-Deal-Flow

Erstaunlich ist, dass die Hälfte der antwortenden Unternehmen auch eine nicht ausreichend gesicherte Finanzierung als Grund für einen Ausschreibungsrückgang nannte. Dabei sollte die Finanzierung angesichts „voller Kassen“ zumindest auf Bundesebene aktuell keine Rolle spielen. Einige Unternehmen gaben an, dass die öffentlichen Verwaltungen aufgrund gestiegener Baupreise Ausschreibungen teilweise zurückhalten würden. Hintergrund sei, durch eine Reduzierung der Ausschreibungen sinkende Preise am Markt zu erzielen.

Als weitere Gründe für einen Ausschreibungsrückgang nannten 26 % der Unternehmen zudem Klage- oder Beschwerdeverfahren sowie 17 % sonstige Gründe. Unter letzteren wurde u.a. bestätigt, dass Maßnahmen im Oberbau zu Gunsten von größeren Brückenbauwerken zurückgestellt werden oder Probleme bei der Einführung von Building Information Modelling bzw. elektronischer Vergaben bestehen.²

Exkurs Baupreissteigerungen: Die aktuellen Preissteigerungen sind - gemessen an der Hochkonjunktur - nach wie vor relativ gemäßigt. Sie spiegeln vor allem Veränderungen auf der Kostenseite, insbesondere im Bereich der Baustoffe und Bauprodukte sowie die deutliche Tarifierhöhung im Jahr 2018 wider. Der Preisrückgang während der Baukrise ist damit noch nicht ausgeglichen: Während die Verbraucherpreise 2018 um 38 % über dem Niveau von 1995 lagen, waren es im Bauhauptgewerbe lediglich 34 %.

Auch gab die Mehrheit der Unternehmen (55 %) an, dass das gesamte Bundesgebiet von einem Rückgang der Ausschreibungen im Straßenbaubereich betroffen sei. 45 % der Unternehmen antworteten, dass es sich nur um regionale Auffälligkeiten handele. Hierbei muss beachtet werden, dass einige Bauunternehmungen vor allem regional tätig sind bzw. zu den antwortenden Unternehmen regional verankerte Niederlassungen größerer mittelständischer Betriebe und Großunternehmen zählen.

² Bezüglich der Straßenbaubereiche und Gründe für einen Ausschreibungsrückgang waren Mehrfachnennungen möglich.

Marktlage erschwert weiteren Kapazitätsaufbau

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die statistischen Indikatoren, die einen Rückgang der Auftragslage im Straßenbau andeuten, durch die wahrgenommene Marktrealität der Unternehmen bundesweit bestätigt werden kann. Da gleichzeitig ein Rückgang der gegenüber der Arbeitsagentur des Bundes gemeldeten, offenen Stellen in den Unternehmen zu verzeichnen ist, wird deutlich, dass die Unternehmen aufgrund der Marktsituation beim Kapazitätsaufbau zurückhaltender werden. Mehr noch: einige Unternehmen haben sogar gemeldet, dass sich bei einem Fortgang dieser Situation Kurzarbeit nicht vermeiden lasse.

Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der BAUINDUSTRIE dringend politischer Handlungsbedarf notwendig, damit die Ziele zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur erreicht und die zur Verfügung stehenden Mittel verbaut werden können!

Position der BAUINDUSTRIE

- Die Investitionsmittel sollten auf dem bisherigen Niveau verstetigt werden, damit die Bauunternehmen genügend Planungssicherheit haben, um ihre Kapazitäten weiter auszubauen,
- Ausschreibungen sollten konsequent an den Markt gebracht werden, vor allem aber dürfen keine Ausschreibungen aus Preisgesichtspunkten bewusst zurückgehalten werden,
- Baupreissteigerungen sollten aufgrund gestiegener Materialpreise und Lohnkosten sowohl in den Investitionsprogrammen als auch bei der konkreten Projektplanung berücksichtigt werden,
- Planungs- und Genehmigungsbehörden sowie die Vergabestellen sollten mit ausreichenden personellen Kapazitäten ausgestattet werden, um Engpässe in diesem Bereich zu vermeiden,
- einen Planungs- bzw. Ausschreibungsstopp während des Übergangsprozesses von der Auftragsverwaltung der Länder auf die Autobahn GmbH ist zu verhindern und es sollten Anreize gesetzt werden, damit die Länder weiterhin in die Planung und Ausschreibung neuer Projekte investieren,
- die gesamte Palette an kleinen, mittleren und größeren Projekten sollte an den Markt gebracht werden, damit die gesamte Bandbreite der mittelständischen, familiengeführten und größeren Unternehmen am Infrastrukturausbau mitwirken können,
- alle Beschaffungsvarianten im Straßenbau, von der konventionellen Ausschreibung, über Gesamtvergaben und Funktionsbauverträge bis hin zu Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) je nach Projekteignung sollte Anwendung finden, damit die gesamte Leistungsfähigkeit der BAUINDUSTRIE zur Erreichung der politischen Ausbauziele genutzt werden kann.

Stand: 25.11.2019